

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.09.2022

Inhalt

EWN

1 EU hält Pipeline-Sabotage für wahrscheinlich – und droht den Tätern mit Sanktionen <i>Ostsee-Zeitung.de, 28.09.2022</i>	3
2 Blackouts in der AKW-Debatte: Wie viel kostet Atomenergie wirklich? <i>Berliner-Zeitung.de, 28.09.2022</i>	5
3 Nord-Stream-Röhren für immer zerstört? <i>DER TAGESSPIEGEL, 29.09.2022</i>	8
4 Kommt der Atomausstieg jetzt doch viel später? <i>Handelsblatt, 29.09.2022</i>	9

EU hält Pipeline-Sabotage für wahrscheinlich – und droht den Tätern mit Sanktionen

Der Verdacht, dass Sabotage für die Lecks an den Nord Stream-Pipelines verantwortlich ist, wird immer größer. Deutsche Politiker vermuten bereits, wer dahinter stecken könnte. Die EU hält eine Sabotageaktion für die wahrscheinlichste Ursache – und kündigt die „schärfste mögliche Antwort“ an.

Brüssel. Die Europäische Union hält Sabotage als Ursache für die Lecks an den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 für wahrscheinlich und hat mit Gegenmaßnahmen gedroht. „Alle verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass diese Lecks das Ergebnis einer vorsätzlichen Handlung sind“, erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Mittwoch im Namen der 27 Mitgliedstaaten. Jede vorsätzliche Störung der europäischen Energieinfrastruktur werde „mit einer robusten und gemeinsamen Reaktion beantwortet werden“.

Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hält Sabotage als Ursache für die Lecks an den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 für möglich und hat den möglichen Tätern mit härtesten Konsequenzen gedroht. „Jede vorsätzliche Störung der aktiven europäischen Energieinfrastruktur ist inakzeptabel und wird zu der schärfsten möglichen Antwort führen“, twitterte von der Leyen am späten Dienstagabend. Sie habe mit der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen über die „Sabotageaktion“ gesprochen. „Es ist von größter Wichtigkeit, die Vorfälle jetzt zu untersuchen und vollständige Klarheit über die Ereignisse und die Gründe zu erhalten.“

Insgesamt drei Lecks waren - nach einem ersten Druckabfall in der Nacht auf Montag - sowohl in einer der Röhren von Nord Stream 2 wie auch in beiden Röhren der Nord-Stream-1-Pipeline entdeckt worden. Bereits am Dienstag war in Polen, Schweden, Dänemark und Russland ein Anschlag auf die europäische Gasinfrastruktur als Ursache für die als beispiellos geltenden Schäden an beiden Pipelines als für denkbar gehalten worden. Auch aus Sicht deutscher Sicherheitskreise sprach vieles für Sabotage. Sollte es sich um einen Anschlag handeln, würde angesichts des Aufwands nur ein staatlicher Akteur infrage kommen, hieß es. Zwar wird derzeit durch keine der Pipelines Gas geliefert, der Gaspreis stieg angesichts der Verunsiche-

rung aber.

Schweden: „Es ist wahrscheinlich eine Frage der Sabotage“

Die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson hatte am Dienstagabend gesagt, die Informationslage sei noch alles andere als vollständig, aber zwei Explosionen seien identifiziert worden, die drei Lecks verursacht hätten. Basierend auf schwedischen und dänischen Informationen komme man zu dem Schluss, dass es sich vermutlich um eine absichtliche Tat handle. „Es ist also wahrscheinlich eine Frage der Sabotage“, sagte sie.

Bei Nord-Stream-Lecks spricht vieles für einen Anschlag – was wir bislang wissen

Ähnlich äußerte sich die dänische Regierung. Die Behörden seien zu der eindeutigen Bewertung gekommen, dass es sich um absichtliche Taten handle und nicht um ein Unglück, sagte Ministerpräsidentin Frederiksen am Abend. Innerhalb kurzer Zeit seien mehrere Explosionen beobachtet worden. Es gebe noch keine Informationen dazu, wer dahinterstecke. Zu den Vorfällen sei es in internationalen Gewässern in den Ausschließlichen Wirtschaftszonen Dänemarks und Schwedens vor der Ostsee-Insel Bornholm gekommen.

Lettlands Außenminister Edgars Rinkevics hat die „vorsätzlichen Angriffe“ auf die Gasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 verurteilt. „Die Sabotage an den Pipelines Nordstream I und II muss als schwerwiegendster Sicherheits- und Umweltvorfall in der Ostsee eingestuft werden“, twitterte er in der Nacht zum Mittwoch. „Es scheint, dass wir in eine neue Phase des hybriden Krieges eintreten.“ Lettland steht nach Angaben von Rinkevics solidarisch an der Seite Dänemarks und sei bereit, die Ermittlungen auf jede er-

denkliche Weise zu unterstützen. „Die Nato und die EU sollten dies ernst nehmen und entsprechend reagieren“, schrieb er nach einem Telefonat mit seinem dänischen Amtskollegen Jeppe Kofod zu den Ermittlungen.

Nord-Stream-Betreiber hält Unfall für höchst unwahrscheinlich

In Moskau wollte die Regierung einem Sprecher zufolge keine Variante ausschließen. Der Betreiber von Nord Stream 2 war skeptisch: Die Leitungen seien so verlegt, dass eine gleichzeitige Beschädigung mehrerer Leitungen etwa durch einen einzelnen Schiffsunfall höchst unwahrscheinlich ist.

Experte für maritime Sicherheit geht von Sabotage an Nord Stream-Pipelines aus

Der CDU-Verteidigungsexperte Roderich Kiesewetter geht derzeit davon aus, dass die Leckagen auf einen Sabotageakt Russlands zurückzuführen seien. „Nach allem, was wir wissen, kann es sich bei den Lecks in den Pipelines Nord Stream I und II fast nur um einen gezielten staatlich veranlassten Sabotageakt handeln“, sagte Kiesewetter dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Mittwoch). Aus sicherheitspolitischer Perspektive diene ein solcher Sabotageakt der Abschreckung und Bedrohung. „Es ist deshalb wahrscheinlich, dass Russland auf diese Weise versucht, einerseits Verunsicherung in der europäischen Bevölkerung zu schüren und andererseits auf staatlicher Ebene ein weiteres Mal auf die Bedrohungsmöglichkeit durch den Angriff auf kritische Infrastruktur hinweist.“

Dänische Regierung geht bei Nord-Stream-Lecks von vorsätzlicher Tat aus

Dass die Nord-Stream Pipelines als Werkzeug und Energie als Waffe gegen Deutschland eingesetzt würden, habe Russland bereits in der Vergangenheit gezeigt, sagte der CDU-Politiker. „Deshalb würde ein solcher Sabotageakt auch zu der von Staatsterrorismus geprägten und hybriden Vorgehensweise Russlands passen.“

Strack-Zimmermann: Anschläge werden wahrscheinlicher, je länger der Ukraine-Krieg andauert

Auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, vermutet Russland hinter dem möglichen Sabotageakt. „Je länger und brutaler der russische Überfall auf die Ukraine andauert, desto größer ist auch die Gefahr, dass es zu solch enthemmten Anschlägen kommt“, sagte Strack-Zimmermann dem RND. „Nicht ausgeschlossen ist, dass sie von Russland gelenkt werden, um unsere Märkte zu erschüttern.“

Lecks in Nord-Stream-Pipelines – Seismologen messen starke Unterwasserexplosionen am Montag

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte sich am Dienstag zurückhaltend zur Ursache der Lecks geäußert. Eine Spekulation darüber verbiete sich so lange, wie die Aufklärung nicht erfolgt sei, sagte der Grünen-Politiker. Auf die Frage, wie besorgt er generell sei über Attacken auf das Energienetz, sagte Habeck: „Wir sind natürlich in einer Situation in Europa und auch in Deutschland, wo kritische Infrastruktur - und die Energieversorgung darf man dazu insgesamt zählen - potenzielle Ziele sind.“ Natürlich sei die kritische Infrastruktur ein potenzielles Ziel, „aber das wissen wir nicht erst seit gestern, sondern das ist Grundlage der Arbeit seit Monaten gewesen“.

Deutsche und dänische Behörden wiesen darauf hin, dass die Vorfälle keine Auswirkung auf die Gasversorgung hätten, da die Leitungen zuletzt nicht für den Gasimport benutzt worden seien. Während über Nord Stream 1 bis vor einigen Wochen noch Gas aus Russland nach Deutschland geflossen war - wenn auch mit gedrosselter Kapazität - war die Genehmigung für Nord Stream 2 kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine von der Bundesregierung auf Eis gelegt worden. Danach hatte sie wegen des Krieges eine Nutzung ausgeschlossen.

Blackouts in der AKW-Debatte: Wie viel kostet Atomenergie wirklich?

Eine Laufzeitverlängerung der deutschen AKW soll den Zugang zu kostengünstiger Energie verbessern. Unser Autor meint: Die wahren Kosten werden nicht genannt.

In der Schweiz, nahe der deutschen Grenze zu Baden-Württemberg, soll ein Tiefenlager für sämtliche radioaktiven Abfälle gebaut werden, die im Land erzeugt wurden. So hat es die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) Mitte September 2022 bekannt gegeben. Bis das Lager gebaut sein wird, werden noch Jahrzehnte vergehen. Läuft alles nach Plan, soll die Einlagerung in Nördlich Lägern im Jahr 2050 beginnen; über 80 Jahre, nachdem das erste Atomkraftwerk (AKW) in der Schweiz Strom erzeugt hat. Im Jahr 2125 (!) soll es verschlossen werden. Für 100.000 Jahre soll das Tiefenlager dann, so sieht es der Plan vor, den strahlenden Atomabfall so sicher wie nur möglich vor den Menschen und der Umwelt abschirmen.

Ortswechsel: In der Nacht zum 04. März 2022 ist in der Ukraine im Atomkraftwerk in Saporischschja nach Kampfhandlungen erstmals ein Feuer in einem Gebäude für Ausbildungszwecke ausgebrochen. Seither ist das AKW, das mit einem russischen Druckwasserreaktor ausgestattet und Europas größtes AKW ist, zum strategischen Kampfplatz im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geworden. Die russische und die ukrainische Regierung beschuldigen sich gegenseitig, das AKW und die umliegende Infrastruktur angegriffen zu haben. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) warnte Anfang September davor, dass sich das Risiko einer Nuklearkatastrophe „signifikant erhöht“ hat.

Haben beide Ereignisse etwas mit der Debatte in Deutschland über den Streckbetrieb, die Einsatzreserve oder die Laufzeitverlängerung von AKW zu tun? Auf den ersten Blick nicht. Die Debatte ist vor allem davon geprägt, dass vieles ungesagt bleibt (wie in dem Beitrag von Ulrich Waas, Berliner Zeitung vom 13. September 2022, Seite 14). Das hat System: Die jahrzehntelange und unerledigte Entsorgung des Mülls wird von der Atomlobby ebenso wenig thematisiert wie der Zusammenhang zwischen der vermeintlich zivilen und der militärischen Nutzung der Atomenergie (anders Ute Rippel-Lau von den Internationalen Ärzt:in-

nen für die Verhütung des Atomkrieges in der Berliner Zeitung vom 21. September 2022, Seite 19

Dagegen waren es doch fundierte Argumente, unvorhergesehene Katastrophen und immer wieder Zwischenfälle wie Leckagen, Brände oder Kurzschlüsse, die den Ausstieg aus der Atomkraft begründeten und nahelegten. Begleitet wurde dies stets von großem, gesellschaftlichem Engagement der Anti-Atom-Bewegung, die auf die Probleme und Gefahren immer wieder hingewiesen hat. Der Alterungsprozess von AKW schreitet weltweit voran und liegt im Durchschnitt bei über 30, in den USA sogar bei über 40 Jahren. Die Reaktoren der drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland, um die es geht, sind betagte 34 Jahre alt. Die letzten Sicherheitsüberprüfungen fanden dort 2009 statt. Zusammen genommen gab es in den drei verbleibenden Reaktoren 407 meldepflichtige Ereignisse.

Die wahren Kosten der Atomenergie werden verschwiegen

Letztlich besteht das Prädikat der Sicherheit nur so lange, wie kein Unfall eintritt. Frei von der Gefahr eines Super-GAUs werden AKW nie sein. Ob die Reaktor-katastrophe durch Baumängel und Bedienungsfehler (Tschernobyl 1986), einem heftigen Erdbeben und in der Folge eines riesigen Tsunamis (Fukushima 2011) oder durch Kriegshandlungen und Terrorismus verursacht wird (so die Gefahr am AKW Saporischschja); die Ereignisse haben eines gemeinsam: Sie machen uns die Unbeherrschbarkeit der Hochrisikotechnologie deutlich.

Zwar weisen die IAEO oder Sicherheitskommissionen darauf hin, dass solche Anlagen weder Ziel einer Drohung noch Ziel der Anwendung militärischer Gewalt werden dürfen. Wir erleben aber gerade, dass solche Warnungen im Kriegsfall null und nichtig sind. Auch von obertägigen Zwischenlagern für hochradioaktive Abfälle gehen vor diesem Hintergrund Risiken aus. Vorhaben für Tiefenlager in Finnland (Onkalo),

Schweden (Östhammar), Frankreich (Bure) oder in der Schweiz (Nördlich Lägern) werden als Modellvorhaben angeführt. Sie sollen zeigen, dass die Entsorgungsfrage im Prinzip lösbar ist. Der Atom Müll wird aber auch in diesen Ländern noch viele Jahrzehnte obertägig zwischengelagert werden.

Auch die Kosten werden im Zeitverlauf erheblich steigen – sie sind ebenfalls unberechenbar. Der Rückbau der AKW in Rheinsberg und Greifswald (Lubmin) sollte 2015 noch 4,2 Milliarden Euro kosten, danach wurden vom Rückbaubetreiber, den bundeseigenen Energiewerken Nord (**EWN**), 6,6 Milliarden veranschlagt. Aber auch diese Summe aus dem Jahr 2016 wird mit Sicherheit nicht ausreichen.

In der Schweiz lassen sich die Kosten auch nach Bekanntgabe des konkreten Standortes kaum beziffern. Nach einer Schätzung aus dem Jahr 2021 wird von 20 Milliarden Schweizer Franken ausgegangen. Für Kompensationszahlungen an die umliegenden Gemeinden in der Grenzregion sind 800 Millionen Franken im Gespräch. Niedrig ist der Preis für Atomstrom nur dann, wenn er nicht die ganze Wahrheit sagt – und auch andere Umweltkosten, wie sie etwa beim Uranabbau anfallen, verschwiegen werden.

Der Abbau geht außerdem mit der Vertreibung von indigenen Völkern, Brandrodungen oder der Verunreinigung von Grundwasser einher. Solche Ungerechtigkeiten gehören sowohl im globalen Süden (Brasilien oder Kasachstan) wie auch im globalen Norden (etwa Kanada) zur Atomenergie, kommen aber in den Bilanzen der Betreiberfirmen nicht vor.

Insgesamt 24,1 Milliarden Euro wurden von den deutschen AKW-Betreibern am 3. Juli 2017 auf die Konten einer öffentlich-rechtlichen Stiftung überwiesen. Die Stiftung verwaltet den „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ (KENFO). Ihr Ziel ist eine Vervielfachung der Rücklagen innerhalb dieses Jahrhunderts vor dem Hintergrund des für 2099 angenommenen Preisniveaus auf insgesamt 169,8 Milliarden Euro. Bei der Berechnung wurde von einem niedrigen Inflationsniveau von jährlich 1,6 Prozent (!) ausgegangen; derzeit liegt sie bei knapp 8 Prozent.

Jegliche finanziellen Risiken und Verantwortlichkeiten der zentralen Zwischen- und Endlagerung sind mit dem Fonds an die Gesellschaft übergegangen; sie wurden vergemeinschaftet. Beim Neubauprojekt in Großbritannien, das immer teurer wird und dessen Fertigstellung dem Zeitplan weit hinterherhinkt, ist das nicht anders: Für Hinkley Point C hat die britische Regierung eine garantierte Einspeisevergütung für den erzeugten Strom über 35 Jahre und einen Inflationsausgleich zugesagt.

Ohne staatliche Subventionen würde auf der ganzen Welt kein einziges AKW mehr gebaut werden. Von Wirtschaftlichkeit und einer kostengünstigen Stromproduktion kann nicht die Rede sein. Schließlich lässt sich Atomstrom nicht CO₂-frei erzeugen. Sicher, Atomstrom emittiert in der Erzeugung zwar im Vergleich zu Kohle- oder Gaskraftwerken weniger CO₂, aber klimafreundlich ist er deshalb noch lange nicht. Die klimaschädlichen Emissionen entstehen besonders vor und nach der Stromerzeugung, etwa beim Kraftwerksbau sowie beim Rückbau, den umfangreichen Baumaßnahmen zur Zwischen- und Endlagerung sowie beim Transport der radioaktiven Abfälle.

Kommen wir zum Kernargument für den Streckbetrieb oder die Laufzeitverlängerung: Der Stromanteil aus den drei laufenden AKW betrug im 1. Quartal 2022 nur noch rund 6 Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland. Für die Wärmeversorgung der Haushalte, die mit Gas oder Öl heizen, bringt das nicht viel. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW schätzte das Potenzial der AKW, Gaskraftwerke in der Stromproduktion zu ersetzen, auf rund drei TWh, das entspricht 0,6 Prozent des Gesamtverbrauchs im Jahr 2020/21. Nach dem sogenannten Zweiten Stresstest liegt die Einsparung bei Gas nur im Promillebereich.

Warum also dieser Hype pro Atomenergie, der sich gegen den Ausstiegsbeschluss wendet, der nach jahrzehntelangen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen 2011 gefasst wurde und die Transformation in eine sichere und nachhaltige Energieversorgung einleiten sollte? Es handelt sich um das letzte Aufbäumen einer alten Denkschule, in der zentralistische Versorgungssysteme und insbesondere die Atomenergie langfristig gerettet werden sollen. In der Krise wird die Chance dafür gesehen. Von den verbliebenen Atomkraftlobbyisten wird dazu aufgerufen, alte Grabenkämpfe zu überwinden und für einen größeren Realitätsbezug plädiert.

Dagegen haben die Atomkraftgegner jahrzehntelang auf die Gefahren der Hochrisikotechnologie in Friedens- (vermeintlich zivile Nutzung), wie in Kriegzeiten (Atombombe) hingewiesen. Wir wären, hätte die Vernunft in den 1970/80er-Jahren gesiegt, heute in einer völlig anderen Situation. Damals wurde der profitable, aber höchst riskante „harte“ Weg des Zentralismus in der Energieversorgung gewählt, während Zukunftsforscher wie Robert Jungk bereits damals eindringlich auf den „sanften Weg“ (1980) hinwiesen: die größtmögliche und dezentrale Nutzung unerschöpflicher Energiequellen wie Solarenergie, Wind- und Wasserkraft oder Geothermie.

Vor allem junge Menschen sehen heute, dass dies eine Fehlentscheidung war. Aufgrund der Erfahrungen des Krieges, der die europäische Energiewirtschaft vor immense Herausforderungen stellt, und der technischen Möglichkeiten, die heute bestehen, muss dagegen die Energiewende vorangebracht werden. Das Primat der Energieunabhängigkeit und der Zukunftsfähigkeit müssen neben allen Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Vordergrund stehen.

Für den Übergang ins Zeitalter der erneuerbaren Energien sind AKW – gerade in Kriegszeiten und auch bei möglichen Versorgungsempässen in Deutschland – im Wärmebereich völlig irrelevant. Je früher der Ausstieg erfolgt, desto weniger Aufgaben, Risiken und Kosten werden an nachfolgende Generationen über-

antwortet. Im Ausbau der erneuerbaren Energien liegt der Kern der Zeitenwende, nicht im Fortschreiben von Problemen, die ungesagt bleiben.

Achim Brunnengräber ist Privatdozent am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der FU Berlin und leitet am Forschungszentrum für Nachhaltigkeit ein Teilprojekt des Forschungsverbundes TRANSENS – Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland.

Das ist ein Beitrag, der im Rahmen unserer Open-Source-Initiative eingereicht wurde. Mit Open Source gibt der Berliner Verlag freien Autorinnen und Autoren sowie jedem Interessierten die Möglichkeit, Texte mit inhaltlicher Relevanz und professionellen Qualitätsstandards anzubieten. Ausgewählte Beiträge werden veröffentlicht und honoriert.

 DER TAGESSPIEGEL | 29.09.2022 | S. 1 Auflage: 100.969 | Reichweite: 369.591 dpa

Nord-Stream-Röhren für immer zerstört?

Russland weist Verantwortung für Schäden von sich und droht mit Gas-Lieferstopp durch die Ukraine

Berlin - Deutsche Sicherheitsbehörden fürchten, dass die beiden Röhren der Ostseepipeline Nord Stream 1 nach den Sabotageakten für immer unbrauchbar sein könnten. Das erfuhr der Tagesspiegel aus Regierungskreisen. Wenn sie nicht schnell repariert würden, werde sehr viel Salzwasser eindringen und die Pipelines korrodieren – bisher ist so eine Reparatur nicht absehbar. Inzwischen hat sich der Krisenstab des Auswärtigen Amtes des Vorfalls angenommen, mehrere Bundesministerien und das Kanzleramt beraten über Konsequenzen.

Wie die EU-Kommission und die Nato gehen auch deutsche Sicherheitsbehörden und der Auslandsgeheimdienst BND von einem Sabotageakt aus. Eine Theorie ist, dass Sprengstoff an den beiden Nord-Stream-1-Röhren und einer der zwei Röhren der noch nicht in Betrieb genommen Pipeline Nord Stream 2 angebracht worden sein könnten. Auf mögliche Sprengungen deutet nach Tagesspiegel-Informationen hin, dass die Lecks enorm groß sind, zudem gibt es eine deutliche Distanz zwischen den drei Orten, an denen die Lecks entstanden sind.

In der Ukraine gab es Vorwürfe, Russland habe die Pipelines gezielt sabotiert, um die Energiekrise in Europa zu verschärfen und Panik vor dem Winter auszulösen. Dies wies die russische Regierung zurück. „Es ist ziemlich vorhersehbar und vorhersehbar dumm und absurd, solche Annahmen zu treffen“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow laut Interfax. Peskow forderte zur Aufklärung der Vorfälle eine Beteiligung Russlands.

Zugleich droht der russische Staatskonzern Gazprom mit einem Gas-Lieferstopp durch die Ukraine. Gazprom pumpt im Zuge des russischen Kriegs gegen die Ukraine seit Mai weniger Gas durch das angegriffene Land. Beide Seiten machen sich gegenseitig für die geringeren Mengen verantwortlich.

Die EU-Kommission hat am Mittwoch einen Vorschlag für ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Das Paket enthalte unter anderem die Rechtsgrundlage für einen Preisdeckel für Ölimporte aus Russland sowie weitere Importbeschränkungen im Wert von sieben Milliarden Euro, sagte Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Nun müssen die EU-Staaten darüber beraten.

KERNKRAFT**Kommt der Atomausstieg jetzt doch viel später?**

Wirtschaftsminister Robert Habeck bereitet einen Weiterbetrieb der zwei süddeutschen Atommeiler vor – aktuell bis April. Die FDP aber will mehr. Doch würdedas überhaupt gehen?

Die Schritte sind klein, doch Robert Habeck bewegt sich. Schloss der Bundeswirtschaftsminister vor einigen Monaten einen Weiterbetrieb der verbliebenen deutschen Atomkraftwerke (AKW) über das Jahresende hinaus aus, verlegte er kürzlich zwei der drei noch laufenden Meiler in eine Einsatzreserve. Am Dienstagabend machte Habeck den nächsten Schritt: Er halte es für wahrscheinlich, dass die Reserve auch genutzt werde, die Meiler Isar 2 und Neckarwestheim zumindest für gut vier Monate über den bislang geplanten Zeitpunkt des Atomausstiegs hinaus laufen zu lassen.

Es drängt sich die Frage auf: War das nun der letzte Schritt? Wenn es nach der FDP geht, war er es nicht. Die Liberalen machen seit Wochen Druck auf den Wirtschaftsminister, die AKWs mindestens bis 2024 zu nutzen und dabei auch das niedersächsische Kraftwerk Emsland einzubeziehen.

Das will Habeck weiterhin wie geplant zum Jahresende vom Netz nehmen. Und auch bei Isar 2 und Neckarwestheim soll spätestens Mitte April definitiv Schluss sein, wie er am Dienstag erneut bekräftigte.

Doch die Liberalen machen weiter Druck, was den Koalitionskrach mit den Grünen verschärfen dürfte. Am Mittwoch schaltete sich das FDP-Präsidium zu einer Sonderschalte zusammen, um über die Energiekrise zu beraten, dabei ging es auch um Habecks Entscheidung. „Der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist sicher ein Schritt für die Grünen, aber er ist zu klein, um unsere Energieversorgung zu sichern“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr dem Handelsblatt. Ein begrenzter Betrieb bis April werde nicht ausreichen, um genug Menge ins Stromnetz zu bringen und die Preise zu senken. „Wenn wir die Laufzeit der Kohlekraftwerke nun bis Frühjahr 2024 ausweiten, sollte gleiches für die Kernkraftwerke gelten“, forderte Dürr.

Zügige Entscheidung

Bei der Frage nach einem Weiterbetrieb der AKWs bis 2024 geht es nicht nur um ein Jahr mehr oder weniger. Die geplante viermonatige Verlängerung für Isar 2 und Neckarwestheim wäre bloß ein so genannter Streckbetrieb: Die vorhandenen Brennstäbe werden einfach länger genutzt. Wer die Laufzeit darüber hinaus verlängern will, muss wohl neue Brennstäbe besorgen. Genau das fordern die Liberalen. „Wir brauchen neue Brennstäbe und diese Entscheidung sollte zügig fallen“, sagte Dürr.

Genau das werde kaum funktionieren, heißt es im Wirtschaftsministerium. Erstens sei das Angebot an Brennstäben zu gering, weil ein Großteil der Herstellung in russischer Hand liege, die Konkurrenz am restlichen Weltmarkt entsprechend groß und die deutschen Betreiber viel zu spät dran seien. Wichtiges Argument ist aus Habecks Sicht zudem, dass ein längerer Weiterbetrieb der AKWs überhaupt nicht helfe. Der Wirtschaftsminister argumentiert, dass es bei dem begrenzten Weiterbetrieb bloß darum gehe, das Stromnetz zu stabilisieren.

Deshalb will er auch nur auf die süddeutschen Meiler setzen und nicht auf Emsland. Im Süden gibt es kaum alternative Energieerzeugung, und viel Strom fließt aktuell nach Frankreich ab, weil das Nachbarland große Probleme mit den eigenen Atommeilern hat. Tatsächlich hat Atomkraft im August nur sieben Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland beigetragen. Auch ein längerfristiger Weiterbetrieb würde kaum beim Gassparen helfen, erklärte Habeck am Dienstag.

Die FDP aber findet, dass Habeck den Effekt kleinrede, vor allem mit Blick auf den Strompreis. Der Weiterbetrieb der drei Atomkraftwerke würde „nicht nur physikalisch die Netze stabilisieren, sondern durch mehr Angebot auf den Strombörsen auch ein willkommenes Preissignal senden“, sagt FDP-Chef und Finanzmi-

nister Christian Lindner regelmäßig.

Wenn die Bundesregierung nun an einem Gaspreis- und Strompreisdeckel arbeitet, dann gehört aus Sicht der Liberalen auch dazu, mit allen Möglichkeiten das Energieangebot zu erhöhen. Möglicherweise wird sich auch die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission, die über einen Gaspreisdeckel berät, dafür aussprechen. Die Liberalen wollen mit Blick auf den Strompreis auch einen Weiterbetrieb des AKW Emsland.

FDP-Fraktionschef Dürr sagte, er rat „dringend“ dazu, auch den Meiler im niedersächsischen Emsland am Netz zu lassen. „Eines der sichersten und funktionsfähigsten Kernkraftwerke der Welt abzuschalten, hielte ich für falsch“, sagte Dürr. Auch Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, sagt: „Es ist zwingend, dass der Weiterbetrieb des Meilers Emsland kurz nach der Landtagswahl in Niedersachsen bekannt gegeben wird.“ Dass das nötig sei, wisse Habeck doch längst, auch wegen der Strompreise. Für viele Grüne hält das Argument Strompreis aber schon rechtlich nicht. Im Gesetz verankerte Kriterien für die Entscheidung über Atomreaktoren seien nur die Betriebs- und die Versorgungssicherheit, nicht die

Strompreise.

Dennoch ist die FDP-Führung gewillt, das Thema weiter voranzutreiben. Über die Erfolgsaussichten gibt es zwar unterschiedliche Einschätzungen. Manche Liberale sagen, das Thema sei für Habeck so heikel, dass man ihm wohl nicht noch mehr werde abverlangen können. Der Grünen-Politiker steht in der eigenen Partei arg unter Druck, schließlich sind die Grünen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung hervorgegangen.

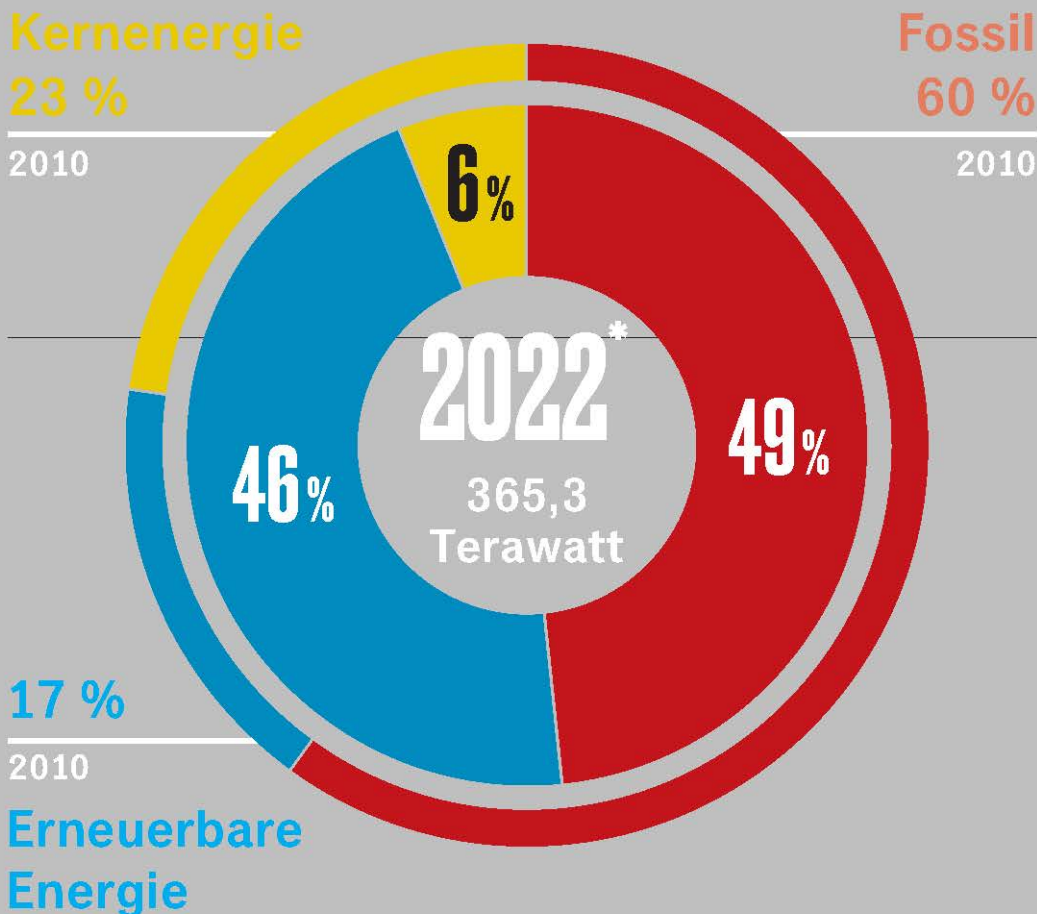
Andere FDP-Vertreter halten den Schritt des Wirtschaftsministers von Dienstag erst recht für ein Aufbruchsignal in Richtung der eigenen Forderungen. Der niedersächsische FDP-Spitzenkandidat Stefan Birkner forderte schon die nächsten Schritte, die Habeck aus Sicht der Liberalen gehen sollte: Er müsse jetzt Vorbereitungen treffen, um bei Bedarf auch die drei zuletzt bereits abgeschalteten AKWs wieder in Betrieb nehmen zu können.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

”Der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ist sicher ein Schritt für die Grünen, aber er ist zu klein, um unsere Energieversorgung zu sichern.” - Christian Dürr, FDP-Fraktionschef

Kernenergie wird weniger

Gesamte Nettostromerzeugung in Deutschland, Anteil nach Erzeugungstechnologie



*Rundungsdifferenzen, letzter verfügbarer Wert
HANDELSBLATT • Quelle: Fraunhofer

Handelsblatt Nr. 189 vom 29.09.2022
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Energie-Mix - Anteil der Erzeugertechnologien an der Nettostromerzeugung in Deutschland in Prozent 2022 und gesamte Nettostromerzeugung in Terawatt 2022 (MAR/UMW/Grafik)